



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Gemeinderatsmitglieder,
sehr geehrte Mitarbeitende der Verwaltung und Vertretende der Medien,
sehr geehrte Einwohnerschaft,

Der vorgelegte Haushaltsentwurf zeigt die bedrohliche finanzielle Schieflage unserer Gemeinde. Trotz einer guten und steigenden Einnahmesituation, laufen uns die Ausgaben davon.

Die Gründe für den starken Ausgabenanstieg sind vielschichtig. Kämmerer Wolfgang Reiners wies in der Vorstellung des Haushalts und in den anschließenden Beratungen explizit hin auf:

1. den Anstieg der allgemeinen Kreisumlage,
2. den Anstieg der Jugendamtsumlage,
3. die steigenden Energiekosten und die allgemeine Preissteigerung,
4. sowie die Zinsentwicklung.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die daraus resultierende Explosion der Energiepreise haben uns ebenso wie die Folgen der Corona-Pandemie und der fatalen Dynamik der Inflation noch einmal deutlich gezeigt, dass es im Wesentlichen viele externe Faktoren sind, die die Einnahme- und Ausgabesituation unserer kleinen Gemeinde stark beeinflussen.

Letztendlich schwebt nun wieder das Damoklesschwert der Haushaltssicherung über uns.

Die CDU-Fraktion hat den vorgelegten Haushaltsentwurf intensiv diskutiert und bewertet. Zwischenzeitlich stand der Gedanke im Raum, ob wir diesem Entwurf überhaupt unsere Zustimmung geben können und wollen.

Bevor ich später auf unsere konkreten Anregungen und Vorschläge für den Haushalt zu sprechen komme, möchte ich mich zunächst mit den bereits erwähnten wesentlichen Treibern unserer Ausgabenseite befassen.





Der Zahlbetrag für die Allgemeine Kreisumlage steigt für uns als Gemeinde Recke in diesem Jahr um 411.000,00 € auf 4.305.000,00 €. Im Herbst letzten Jahres standen noch wesentlich höhere Umlagebeträge im Raum. Auch die von uns als CDU-Fraktion erstellte und von den anderen Ratsparteien am 20.10.2022 unterstützte Resolution hat dazu beigetragen, dass sich auf Ebene der Kreispolitik intensive Diskussionen über den Kreishaushalt und den Hebesatz der Kreisumlage ergaben.

Beim Kreis müssen aber weitere Maßnahmen zur Konsolidierung stattfinden. Der Kreis sollte, wie von uns gefordert, ein freiwilliges Haushaltssicherungs- und Haushaltsoptimierungskonzept erarbeiten und insbesondere seine freiwilligen Ausgaben senken. Hier sind auch alle Fraktionen und Parteien im Kreistag gefordert, ihre politischen Anträge kritisch zu prüfen, ob und wie eine Finanzierung ohne Mehrbelastung für die Kommunen erfolgen kann. Aus dieser Sicht müssen auch Maßnahmen, wie die vorgesehene Beteiligung des Kreises am Ausbau des Betriebsweges am Mittellandkanal zu einem Radweg, kritisch gesehen werden. Die Beteiligung von 5 % der Investitionen und die spätere Übernahme der Unterhaltung hätten alle Kommunen im Kreis über die Kreisumlage finanziert. Auch wenn wir als Gemeinde Recke – unabhängig von dem intransparenten Vorgehen des Kreises und Ihnen, Herr Vos, in der Frage der Routenführung – vom Radweg profitiert hätten, stellen solche Projekte eine freiwillige Ausgabe des Kreises dar. Hier ist die Frage der Notwendigkeit auf allen Ebenen zu stellen. Für ein „Wünsch dir was“ haben wir in der gesamten kommunalen Familie keine finanziellen Mittel mehr.

Ein weiterer Punkt ist die Steigerung der Jugendamtsumlage auf 3.917.000,00 €. Diese ist kreisweit seit dem Jahr 2014 um 121% gestiegen. Der gesellschaftlich und politisch gewollte Ausbau der Kindertagesbetreuung, den wir auch in Recke durchführen, hat finanzielle Folgen. Als familienfreundliche Gemeinde müssen wir eine hochwertige und am Bedarf orientierte frühkindliche Betreuung und Bildung bieten. Jedoch ist auf Ebene des Landes und des Bundes die Finanzierung dieser kommunalen Pflichtaufgabe zu hinterfragen, der Grundsatz der Konnexität ist hier nicht mehr gewahrt. Das heißt, dass die Kommunen auch von Bund und Land mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden müssen, damit sie dieser gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden können.

Bei den steigenden Energiekosten kommen wir im Vergleich zu vielen anderen Kommunen noch mit einem blauen Auge davon. Dadurch, dass wir in Recke bereits unter Führung von Eckhard Kellermeier frühzeitig Photovoltaikanlagen auf kommunalen Gebäuden errichtet





haben, im Jahr 2014 eine eigene Windenergieanlage gebaut haben und vielfach Fernwärme von den Biogasanlagen unserer Landwirte beziehen, nutzen wir bereits regenerative und lokal erzeugte Energien. Aber wir müssen hier weiter voran gehen und nun schnell, wie bereits seit Jahren von uns gefordert und aufgrund der fehlenden Wirtschaftlichkeit von der Verwaltung in der Vergangenheit abgelehnt, unsere Straßenbeleuchtung vollständig auf LED-Technik umrüsten.

In Folge der hohen Inflation haben die Notenbanken mehrfach die Leitzinsen angehoben. Dieses ist gesamtwirtschaftlich nach den langen Jahren der Null-Zinsen zu begrüßen. Es führt jedoch in der Finanzierung unserer Investitionsmaßnahmen und durch die Aufnahme von Kassenkrediten zu einem sich stark verschlechternden Finanzergebnis. Dieses war im Jahr 2021 noch positiv, soll sich in diesem Jahr auf minus 473.000 € belaufen und im Jahr 2025 auf minus 871.000 €. Eine mehr als bedrohliche Entwicklung.

Große Sorgen macht uns auch die Entwicklung der Liquidität unserer Gemeinde. Um unsere Ausgaben zu decken, werden wir im erheblichen Umfang Kassenkredite aufnehmen müssen. Im Ergebnis wird sich unsere Verschuldung bis zum Jahr 2026 auf über 47 Mio. € mehr als verdoppeln, davon fast 10 Mio. € für Kassenkredite. Während mit den Investitionskrediten auch viele rentierliche Investitionen wie die Beteiligung an den Stadtwerken Tecklenburger Land, der Windenergieanlage und den Bau bzw. Ausbau der Kitas, für die wir Mieteinnahmen erzielen, finanziert werden, werden mit den Kassenkrediten keine dauerhaften Werte geschaffen, sondern letztlich nur der Konsum finanziert.

Zur Verbesserung der Haushaltssituation schlagen Sie, Herr Bürgermeister Vos, eine Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer in diesem Jahr sowie im kommenden Jahr vor. Diese wollten Sie ursprünglich bereits im vergangenen Dezember vor der eigentlichen Vorstellung des Haushaltsentwurfs von uns beschließen lassen. Dieses mussten wir insofern konsequent ablehnen, da wir einer weiteren Belastung unserer Gemeindeglieder nicht blind zustimmen können. Einen Blankoscheck stellen wir nicht aus. Wir müssen schon wissen, wie viel Geld wie und wofür ausgeben wollen bzw. müssen. Der einzig richtige Zeitpunkt, um über eine Erhöhung der Hebesätze zu sprechen, sind die Haushaltsberatungen.

Die vorgeschlagene Erhöhung der Hebesätze bei den Grundsteuern A und B ist die erste Erhöhung seit dem Jahr 2013. Im Vergleich zu den Nachbarkommunen sowie im Hinblick auf





die Leistungen, die wir in Recke unseren Bürgern bieten (z. B. das sanierte Hallenbad, neue Kunstrasenplätze für beide Sportvereine, der in der Region einmalige Motorik-Fun-Park) können wir die Erhöhung im Jahr 2023 nachvollziehen.

Ihre Finanzplanung sieht jedoch für das Jahr 2024 eine weitere und wesentlich stärkere Erhöhung der Hebesätze vor. Diese sehen wir sehr kritisch. Seitens der Verwaltung wurde für das Jahr 2024 bereits eine erhebliche Erhöhung der Entsorgungsgebühren angekündigt, die wir, da es sich um Gebührenhaushalte handelt, ohne politischen Spielraum umsetzen müssen. Damit kommen große Belastungen auf unsere Bürger zu.

Daher müssen wir als Politik zusammen mit der Verwaltung alles dafür tun, dass wir die Steuern im Jahr 2024 nicht weiter erhöhen müssen. Hier sehen wir uns als Kommunalpolitiker in der Verantwortung. Wir müssen unsere gestellten Anträge hinterfragen und bei neuen Wünschen und Ideen auch immer eine Finanzierung mitbedenken. So wie wir als CDU es bei unserem Antrag zur Aufstellung von Mitfahrerbanken getan haben.

Von Ihnen Herr Vos erwarten wir, dass Sie uns als Bürgermeister und als Chef der Verwaltung zeitnah Vorschläge für Einsparmaßnahmen und die Anpassung kommunaler Standards vorlegen. Dies kann nicht nur Aufgabe des Gemeinderats sein. Gerade in schwierigen Zeiten muss auch die Verwaltung zusammenrücken und mit einer geschlossenen Meinung nach außen auftreten. Herr Vos, es darf nicht sein, dass Sie gegen Ihre eigenen Verwaltungsvorschläge stimmen. Und es darf nicht passieren, dass Sie wie in der letzten Schulausschusssitzung Ihren Fachbereichsleiter mit der Kritik der Elternschaft alleine im Regen stehen lassen und ihn damit letztendlich zum „Bauernopfer“ gemacht haben. Eine gute Führungskraft stellt sich in der Öffentlichkeit immer vor seine Mitarbeitenden!

Auch wir haben und werden uns weiter Gedanken zu Einsparmaßnahmen und Optimierungen machen. Diese müssen wir dann in den Fachausschüssen umfassend beraten und bewerten, damit der Rat noch in diesem Jahr ein Konsolidierungspaket beschließen kann. Selbstverständlich nehmen wir dazu auch zusätzliche Sitzungen unserer kommunalen Gremien in Kauf. Wichtig ist auch, dass wir die Bürgerschaft umfassend informieren und mitnehmen. Den Stellenwert von Transparenz und Bürgermitwirkung haben wir ja gerade bei der Diskussion um die Übermittagsbetreuung in Steinbeck und Recke gesehen.

Wir werden dazu auch die Zahl und die Standards unserer Spielplätze in den Blick nehmen müssen. Auch wenn dies nicht sehr populär ist, fordern wir ein schlankes Spielplatzkonzept.





Durch den Bau des Motorik-Fun-Parks gilt es insbesondere die Situation im Recker Ortskern zu prüfen. Für die Spielplätze sind in diesem Jahr Kosten für Baumaßnahmen von 105.000,00 € vorgesehen, in den kommenden Jahren jeweils nur noch 10.000,00 € pro Jahr. Ein Verteilen des Geldes nach dem „Gießkannen-Prinzip“ lehnen wir ab. Vielmehr sollten Schwerpunkte gesetzt werden. Aus unserer Sicht hat der Spielplatz in Espel höchste Priorität, da diesem Spielplatz und dem Ortsteil selbst in den vergangenen Jahren zu wenig Aufmerksamkeit zu Teil wurde. Auch deshalb haben wir gemeinsam mit der SPD einen Sperrvermerk für die investiven Ausgaben beantragt.

Im letzten Jahr konnten wir das Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) für den Recker Ortskern beschließen. Bei der Konzeptentwicklung haben sich viele Bürger und Vereine beteiligt, denen ich an dieser Stelle für ihr Engagement und ihre Ideen meinen Dank aussprechen möchte!

Bei der Umsetzung der Maßnahmen sind wir jedoch vollständig abhängig von öffentlichen Fördermitteln. Die Finanzierung unseres Eigenanteils wird uns vor große Herausforderungen stellen. Im Haushalt sind für Planungsleistungen 40.000,00 € vorgesehen. Inwieweit wir uns eine Umsetzung noch leisten können, werden wir erst in den nächsten Jahren abschätzen und bewerten können.

Lassen Sie uns im in dem Zusammenhang auf das Förderprojekt „Motorik-Fun-Park“ zu sprechen kommen. Nur dank einer 90 %-igen Förderung konnten wir uns dieses Alleinstellungsmerkmal in der Region leisten. Das Projekt wird ein Erfolg werden und zahlreiche Besucher und Interessierte in unseren Ort führen. Es ist aber nicht damit getan, nur die Haushaltsansätze für Instandhaltung und Pflege anzupassen. Vielmehr gehören zu einer Abrundung und Fertigstellung eines solchen Projektes noch weitergehende Aspekte wie Wegeführung, Beleuchtung, gastronomisches Angebot, Sanitäreanlagen sowie Werbung.

Diese Aspekte finden wir im Haushalt nicht wieder. Für das Ortsmarketing sind zwar erstmals 25.000,00 € und in den Folgejahren 15.000,00 € vorgesehen, leider pauschal und ohne weitere Informationen zu den geplanten Maßnahmen. Wir halten Aufwendungen für Ortsmarketing grundsätzlich für sehr wichtig, erwarten jedoch ein Konzept. Ich möchte an dieser Stelle auf das Konzept der Gemeinde Hopsten verweisen. Wir wollen ein zielorientiertes Ortsmarketing und beantragen daher für diesen Posten ebenfalls einen Sperrvermerk.





Neben der konkreten Haushaltssituation ist auch die weitere Entwicklung unserer Gemeinde in den Blick zu nehmen. Hier bewegt uns insbesondere die Situation unserer Grundschulen.

In die Raphaelschule in Steinbeck haben wir in den letzten Jahren regelmäßig investiert. Hier sind in diesem Jahr noch Investitionen in das Raumprogramm notwendig. Die Schule ist damit grundsätzlich gut aufgestellt.

Sorgen macht uns jedoch die bauliche und funktionale Situation der Overbergschule. Da die Übermittagsbetreuung und die OGS in den vorhandenen Räumlichkeiten nicht mehr tragbar sind, sollen zum neuen Schuljahr mobile Raumeinheiten aufgestellt werden. Diese Container verursachen in den nächsten Jahren sehr große Mietkosten. Wir gehen davon aus, dass diese mindestens vier Jahre stehen werden. Daher fragen wir uns, warum hat die Verwaltung nicht den Kauf der Container umfassend geprüft? Die Anschaffung und ein späterer Wiederverkauf dürfte auf mittlere Sicht die wirtschaftlichere Variante sein. Hierzu haben wir in den Haushaltsberatungen leider nur ausweichende Antworten erhalten. Vielleicht hätte es auch noch weitere innovative Ideen gegeben, wie ein temporäres Gebäude in Holzbauweise. Dieses wurde in Norddeutschland schon erfolgreich umgesetzt.

Bereits vor über einem Jahr haben wir zusammen mit der SPD die Prüfung des Neubaus der Overbergschule beantragt. Geschehen ist bislang nichts. Herr Bürgermeister, auch wenn ihre Kinder nicht in unserem Ort zur Schule gehen, hätten wir von Ihnen als junger Familienvater und Sozialpädagoge mehr Einsatz und Verständnis für diese Anliegen erwartet. Haben Sie sich die Räumlichkeiten der Overbergschule wirklich mal intensiv angeschaut? Wir haben dies aktuell gemacht und können folgendes feststellen. Es ist keine Barrierefreiheit gegeben. Die Anzahl, Lage, Zuschnitt und Ausstattung der Räume entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen, wie auch das Gutachten der GEBIT festgestellt hat. Der energetische Stand der Schule ist aus unserer Sicht als abgängig zu betrachten. Eine Sanierung der bestehenden Räume birgt ein großes Kostenrisiko. Der Standort der Schule mit seinem fehlenden Entwicklungspotenzial und der schlechten verkehrlichen Anbindung spricht ebenfalls gegen eine Sanierung und Erweiterung. Und wir stellen uns auch die Frage, wie eine so umfassende Baumaßnahme im laufenden Schulbetrieb erfolgen kann. Die Erfahrungen und Stimmen aus Mettingen sprechen ganz klar für eine Auslagerung der





Schule, damit der Unterricht ungestört laufen kann. Dieses erzeugt sehr hohe Kosten für Container. Wir halten daher einen Neubau weiterhin für wirtschaftlicher, sachgerechter und nachhaltiger.

Ehrlich müssen wir aber sagen, dass uns die Finanzierung eines Neubaus auch Bauchschmerzen bereitet. Auf alle Fragen haben wir auch noch keine Antwort bzw. eine Lösung.

Aufgrund der im Hinblick auf die OGS-Betreuung eh vorzunehmenden Änderungen ist jetzt genau der richtige Zeitpunkt, um sich mit dieser strategischen Ausrichtung zu befassen. Danach ist es zu spät. Wir dürfen als familienfreundliche Gemeinde diese Überlegungen nicht nur nach Kassenlage treffen. Das Bildungsangebot unserer Gemeinde darf nicht mit Kosten kaputt diskutiert werden.

Für das laufende Jahr sind im Haushalt 1 Mio. € für Planungsleistungen hinsichtlich der Entwicklung der Overbergschule eingestellt; auch hier wird ebenfalls ein Sperrvermerk beantragt.

In Anbetracht der Zeit der möchte ich weitere wichtige Entwicklungen, die zum Teil noch nicht im Haushalt enthalten sind, nur stichwortartig nennen:

- Die Schaffung neuer Gewerbeflächen an der Mettinger Straße
- Die Weiterführung der Umgehungsstraße und
- Begleitende Maßnahmen zur Reaktivierung der Tecklenburger Nordbahn

Sehr geehrte Damen und Herren, auch wenn wir bei diesem Haushalt große Bauchschmerzen haben, wir sehen unsere Verantwortung für Recke. Daher werden wir als CDU-Fraktion dem Haushalt mit den von der SPD und uns beantragten Sperrvermerken zustimmen. Wir sind gespannt auf den weiteren Prozess zur Haushaltskonsolidierung und hoffen, dass sich die finanzielle Lage unserer Gemeinde wieder verbessert und wir die Haushaltssicherung vermeiden können.

Im Namen unserer Fraktion möchte ich jetzt abschließend den Mitarbeitenden der Verwaltung, Bürgermeister Peter Vos, Kämmerer Wolfgang Reiners, sowie den Mitgliedern der anderen Fraktionen meinen Dank für die meist konstruktive Zusammenarbeit aussprechen. In diesen Dank mit einschließen möchte ich die Mitarbeiter der Presse, Jens Thorsten Schmidt und Heini Weßling.